



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT AUGUST 2024, AUSGABE 159

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

ARBEITSRECHT

Forderung aus Arbeitsvertrag

Gerhard Hauser

Ist die Jahresleistung Grundlage des Bonus, darf die Arbeitgeberin diesen während des Mutterschaftsurlaubs kürzen - außer während der ersten acht Wochen nach Niederkunft, solange ein Arbeitsverbot gilt. Eine solche Bonuskürzung widerspricht dem Diskriminierungsverbot nicht, da ab der neunten Woche der Urlaub freiwillig sei.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_597/2023](#) vom 15. Mai 2024

Publiziert am 28. August 2024

Kündigung während der Probezeit

Gerhard Hauser

An seinem ersten Arbeitstag schickte die Anwältin des Beschwerdeführers heikle Polizei- und Administrativakten, die sie ihm zustellen wollte, fälschlicherweise per Mail an einen Namensvetter in der Zollverwaltung. Dieser Empfänger durfte sie ansehen, musste sie aus seiner Treuepflicht seinem Vorgesetzten geben und der Arbeitgeber durfte den Beschwerdeführer am gleichen Tag in der Probezeit entlassen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts [A-4951/2022](#) vom 17. Juni 2024

Publiziert am 28. August 2024

Webinar im Wirtschaftsstrafrecht CHF 150.-

«Straftaten sollen sich nicht lohnen – Was Sie zur Vermögenseinziehung nach Art. 70 ff. StGB wissen müssen»

Jonas D. Gassmann
Counsel, LLM, CIPP/E, VISCHER, Zürich

NOV 14 ZOOM
13:00
14:00

weblaw Academy

BAU- UND IMMOBILIENRECHT

Interessenabwägung bei einem Gestaltungsplan

Florian Fleischmann

Das Bundesgericht hatte im Entscheid 1C_205/2022 vom 17. Juni 2024 einen Gestaltungsplan

aus der Gemeinde Grenchen im Kanton Solothurn zu beurteilen. Der Gestaltungsplan sah unter anderem einen gegenüber der Grundordnung reduzierten Waldabstand sowie eine grössere Gebäudehöhe und geringere Gebäudeabstände vor. Das Bundesgericht bemängelt in seinem Entscheid, dass bislang keine umfassende Interessenabwägung vorgenommen worden sei, und heisst entsprechend die gegen den Gestaltungsplan erhobene Beschwerde gut. Zwar dürfe ein Gestaltungsplan mit Sonderbauvorschriften von den allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen abweichen, die Abweichungen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die planerisch und demokratisch abgestützte Grundordnung ihres Sinngehalts entleert werde. Daher muss die Stadt Grenchen laut Urteil ermitteln, inwieweit der Gestaltungsplan von der Grundordnung abweicht.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [1C_205/2022](#) vom 17. Juni 2024
Publiziert am 12. August 2024

ERBRECHT

Wiederherstellung der Frist zur Ausschlagung (Art. 576 ZGB)

Martina Bosshardt

Gesuch um Wiederherstellung der Ausschlagungsfrist nachdem die Steuerverwaltung ein Nachsteuer- und Steuerhinterziehungsverfahren einleitete. Streitig war, ob das Gesuch rechtzeitig erfolgte.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_823/2023](#) vom 05. März 2024
Publiziert am 23. August 2024

GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

Bis wann kann ein Aktionär einen Abschluss nach anerkanntem Standard zur Rechnungslegung verlangen?

Christoph Heinimann / Diego Haunreiter

Das Bundesgericht hat im Entscheid 4A_369/2023 vom 3. Januar 2024 entschieden, bis wann eine Aktionärsminderheit einen Abschluss nach anerkanntem Standard zur Rechnungslegung verlangen kann (Art. 962 Abs. 2 OR).

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_369/2023](#) vom 03. Januar 2024, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 19. August 2024



STRAFRECHT

Une ordonnance de classement viole-t-elle la présomption d'innocence ?

Soubhi Bazerji

Une ordonnance de classement indiquant que la personne a tenu des propos « blessants [...] susceptibles de constituer une atteinte à la personnalité » et qui « sont clairement attentatoire à l'honneur » viole la présomption d'innocence.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [7B_35/2022](#) vom 22. Februar 2024
Publiziert am 12. August 2024

VERTRAGSRECHT

Konkludente Zustimmung zu einer Vertragsübernahme

Jil Hirzel / Luc-Emmanuel Joye / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_358/2023 vom 10. Oktober 2023 entschied das Bundesgericht, dass eine Vertragsgegenpartei der Vertragsübernahme durch den Käufer auf dem Weg der Singulärskession im Rahmen einer Geschäftsübernahme qua «traditioneller Vermögensübertragung» auch konkludent zustimmen kann.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_358/2023 vom 10. Oktober 2023

Publiziert am 30. August 2024

Übertragung des Mietverhältnisses im Rahmen eines Betriebskaufs

Eron Gjukaj / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_453/2022 vom 29. August 2023 kam das Bundesgericht wie die beiden Genfer Vorinstanzen zum Schluss, dass die Vermieterin keinen wichtigen Grund anrufen kann, der ihr erlaubt, ihre Zustimmung zur Übertragung des Mietverhältnisses gemäss Art. 263 Abs. 2 OR zu verweigern.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_453/2022 vom 29. August 2023

Publiziert am 27. August 2024

Berechnung der Preisminderung im Gewährleistungsrecht

Suan Jung / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_499/2022 vom 8. August 2023 bestätigte das Bundesgericht seine bisherige Rechtsprechung zur Berechnung der Preisminderung bei Sachgewährleistungsansprüchen nach der relativen Minderungsmethode. Es hielt zudem fest, dass bei Anwendung der relativen Minderungsmethode vermutungsweise davon ausgegangen werden darf, dass der Wert der mangelfreien Sache dem von den Parteien vereinbarten Preis entspricht.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_499/2022 vom 08. August 2023

Publiziert am 20. August 2024

Bei Schiedsgutachten herrscht weiterhin Rechtsunsicherheit

Carine Pesch / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_428/2022 vom 25. September 2023 liess das Bundesgericht die Frage erneut offen, ob Schiedsgutachten sich auch verbindlich zu Rechtsfragen äussern können. Es begründete dies damit, dass die Vorinstanz selbst ausgelegt habe, was unter geldmässiger Tilgung zu verstehen sei und nicht das Schiedsgutachten diesen Begriff verbindlich festgelegt habe.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_428/2022 vom 25. September 2023, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 19. August 2024

Alleinvertriebsvertrag: Schadenersatz wegen Leistungsstörungen

Von den Schwierigkeiten in der Zuordnung von Leistungsstörungen im OR AT (hier:

Lieferunterbruch und Einstellung der Produkterегистrierung), den Anwendungsvoraussetzungen von Art. 82 OR und der Auslegung von Freizeichnungsklauseln

Andrea Haefeli / Carmen Stetter / Dario Galli / Markus Vischer

Im Urteil 4A_237/2023 vom 18. April 2024 entschied das Bundesgericht, dass der von der Lieferantin wegen Auditproblemen zu verantwortende Lieferunterbruch als Schuldnerverzug (Art. 103 Abs. 1 OR) und nicht als Vertragsverletzung (Art. 97 Abs. 1 OR) qualifizierte. Ob die vereinbarte Freizeichnungsklausel nach Art. 100 Abs. 1 OR nichtig wäre, liess es offen. Weiter stelle die bewusste Einstellung der Registrierung der Vertragsprodukte eine Vertragsverletzung (Art. 97 Abs. 1 OR) dar, die faktisch einer Kündigung gleichkomme. Die Anwendung von Art. 82 OR sei daher ausgeschlossen und die Freizeichnungsklausel erfasse den vorliegenden Fall nicht.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_237/2023 vom 18. April 2024

Publiziert am 07. August 2024



Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

ARBEITSRECHT

Fristlose Kündigung nach Abwerbeversuch

Nicolas Facincani / Ritzinger Matteo

Der sachliche Kündigungsgrund bei öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen

Nicolas Facincani

Keine Lohnfortzahlung bei Krankheit bei fehlender Mitwirkung an Eingliederungsmassnahmen

Nicolas Facincani

Fristlose Kündigung eines Bankdirektors

Nicolas Facincani / Ritzinger Matteo

Kein Lohn bei Arbeitsleistung für Dritte?

Nicolas Facincani

Keine adhäsionsweise Geltendmachung von arbeitsvertraglichen Ansprüchen im Strafverfahren

Nicolas Facincani

FAMILIEN- UND PERSONENRECHT

Le délai de six mois pour la reconnaissance de paternité prévu par l'art. 16i al. 1 let. a LAPG

André Lopes Vilar de Ouro

Nachehelicher Unterhalt bei Scheidung im Pensionsalter

Jean-Michel Ludin

Zuweisung der ehelichen Liegenschaft an den bereits ausgezogenen Ehegatten

Jean-Michel Ludin

Befristung des nachehelichen Unterhalts

Jean-Michel Ludin

GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

Exigences (élevées) relatives à la vraisemblance de la créance

Romain Dupuis

La banque doit prouver les pertes du client

Célian Hirsch

Analyse de la portée d'une clause de confidentialité

Nicolas Rouvinez

Non-respect des règles antiblanchiment au sein d'une banque

Roxane Pedrazzini

HANDELSRECHT

Une garantie personnelle illimitée n'est pas contraire à l'ordre public suisse

Romain Dupuis

Gültigkeit der Konkursübereinkunft mit dem Königreich Bayern

Stéphanie Oneyser

IMMATERIALGÜTERRECHT

Réserve de l'Éleveur de Reine/ La Réserve des Reines

Nicolas Guyot

X.____ / Club X.____

Nicolas Guyot

LA HISPANO-SUIZA

Nicolas Guyot

Schweizerische Ärztezeitung

Nicolas Guyot

IPR/IZPR UND ARBITRATION

La demande de révision en raison de motifs de récusation découverts après le rendu de la sentence arbitrale

Arnaud Lambelet

OBLIGATIONENRECHT/VERTRAGSRECHT (OHNE MIET- UND ARBEITSRECHT)

La reconnaissance du receivership américain

Ismaël Boubrahimi

ÖFFENTLICHES VERFAHRENSRECHT UND VERWALTUNGSRECHT

L'obligation d'assainir les chauffages électriques : violation de la garantie de propriété (art. 26 Cst.) ?

Margaux Collaud

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Les autorisations de l'aménagement du territoire à obtenir pour les exploitants de réseau de télécommunication

Arnaud Lambelet

La procédure d'autorisation de construire relative à l'activation du facteur de correction d'une antenne de téléphonie mobile adaptive

Tobias Sievert

Atteinte à la primauté du droit fédéral et à la liberté économique par la loi genevoise sur les services de Taxi et de VTC

Margaux Collaud

STEUERRECHT

L'assistance administrative en matière fiscale à l'égard d'un contribuable défunt (art. 18a LAAF)
Tobias Sievert

STRAFPROZESSRECHT

La non-applicabilité de l'art. 124a LEI à l'infraction de rupture de ban (art. 291 CP)
Arnaud Lambelet

Le choix du domicile de notification d'une citation à comparaître personnellement
Basilio Nunnari

STRAFRECHT

Le recours contre la décision de suspendre la procédure (art. 55a CP)
Arnaud Lambelet

La durée minimale de détention avant jugement nécessaire pour pouvoir imputer deux jours de détention sur la peine (art. 51 CP)
André Lopes Vilar de Ouro

La condamnation pénale d'un politicien pour discrimination et incitation à la haine (art. 261bis CP)
Camille de Salis

Beschwerdelegitimation bei Abtreibung
David Meirich

Concours entre tentative de lésions corporelles graves et omission de prêter secours : le Tribunal fédéral précise sa jurisprudence
Mathilde Boyer

Infraction commise à l'étranger : lex mitior et prescription
Hélène Rodriguez-Vigouroux

UMWELTRECHT

La soumission à autorisation préalable d'un lasergame en forêt
Camille de Salis

VERTRAGSRECHT

L'action négative en responsabilité du fait des produits et le for du lieu de commission de l'acte illicite
Ismaël Boubrahimi

Les conditions de validité de la double représentation et du contrat avec soi-même
Arnaud Nussbaumer-Laghzaoui

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welche einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge

zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten.
Die Besprechungen sind über einen Zitievorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 7820

Information und Impressum:

info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarzerstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

